

# #Manifest19 der Jungen Grünen Schweiz

## 10 Forderungen für die Nationalratswahlen 2019

Es ist Zeit für eine andere Politik in Bern. Der Nationalrat wird dominiert von einer klimafeindlichen, profitorientierten Mehrheit, die gegen die Interessen der jungen Generation handelt. Die Gleichstellung der Geschlechter ist auch heute noch nicht erreicht, die Gesundheitskosten explodieren und unsere politischen Institutionen sind überaltert.

Überall in der ganzen Schweiz treten die Jungen Grünen zu den Nationalratswahlen an. Unser Ziel ist klar: Wir wollen nach Bern! Wir wollen für Klimaschutz, Solidarität, Gleichstellung und Zukunft kämpfen.

Darum stellen wir zehn Forderungen für die Nationalratswahlen 2019 auf. Werden wir gewählt, machen wir uns an die Umsetzung.

Wir fordern:

1. Netto Null Treibhausgasemissionen bis 2030
2. Einkommensabhängige Einheitskrankenkasse
3. Elternzeit und Anerkennung der Care-Arbeit
4. Gleiche Rechte für alle Partnerschaftsformen
5. Bürger\*innenrecht für Alle
6. 100% Biologische Landwirtschaft bis 2030
7. Generationen- statt Ständerat
8. Abschaffung der Wehrpflicht
9. Bedingungsloses Grundeinkommen
10. Stimmrechtsalter 14

# 1. Netto Null Treibhausgasemissionen bis 2030

## **Forderung:**

Bis 2030 reduziert die Schweiz ihren Ausstoss an Treibhausgasen (insbesondere CO<sub>2</sub>, Methan, N<sub>2</sub>O und weitere klimaaktive Gase) auf ein Mass, dass durch natürliche Senken wieder aus der Atmosphäre entzogen werden kann (netto null)

Taten statt Worte: Hier geht's zum Massnahmenplan der Jungen Grünen Schweiz, wie wir das Ziel von Netto Null bis 2030 erreichen: [bit.ly/NettoNull-CO2](https://bit.ly/NettoNull-CO2)

## **Begründung:**

Die Klimakrise ist unbestritten eine der grössten Gefahren und Herausforderungen der heutigen Zeit. Die Folgen einer ungebremsten Klimakatastrophe wären für Mensch und Umwelt fatal. Gemäss allen führenden klimawissenschaftlichen Berichten – insbesondere dem IPCC – ist eine Absenkung der Treibhausgasemissionen auf Netto Null der einzige Weg, die globale Erwärmung auf unter 1.5°C zu begrenzen.

Der Klimawandel betrifft die Schweiz überdurchschnittlich. So ist die Temperatur in der Schweiz in den letzten 50 Jahren rund 1.6 Mal stärker angestiegen als die mittlere Temperatur über allen Landmassen der Nordhemisphäre (aus "[Brennpunkt Klima](#)"). Wetterextreme wie Starkniederschläge, Hitzesommer etc. sind die ersten Anzeichen, die mit schmelzenden Gletschern (Trinkwasserquelle), Ernteausfällen und Waldbränden bereits signifikante Folgen für die Schweiz haben. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die Schweiz sich hier für einen starken Klimaschutz einsetzt.

Die weltweite vollständige Dekarbonisierung bis 2050 ist nur das absolute Minimum, um mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit den schlimmsten Folgen der Klimakatastrophe zu entgehen. Um nur schon dieses Ziel global zu erreichen, müssen Länder mit höheren finanziellen Kapazitäten diese Absenkung viel früher unternehmen. Die Schweiz ist eines der finanzstärksten Länder der Welt und hat unter Berücksichtigung des globalen CO<sub>2</sub> Budgets daher eine Pflicht, seine Emissionen so schnell wie möglich zu stoppen.

Zudem wurde gerade letztes Jahr mit der Veröffentlichung des IPCC SR15 Zwischenberichts zu 1.5°C Erderwärmung ([www.ipcc.ch/sr15](https://www.ipcc.ch/sr15)) nochmals klar, dass eine schnellere Absenkung dem Klima und somit der Menschheit enorme Vorteile bringt. Deshalb fordern wir eine Absenkung auf Netto Null bis 2030.

## 2. Einkommensabhängige Einheitskrankenkasse

### Forderung:

An Stelle der vielen verschiedenen privaten Krankenkassen tritt eine staatliche Einheitskrankenkasse. Die Prämien werden nach steuerbaren Einkommen berechnet.

### Begründung:

Der Anstieg der Gesundheitskosten und Krankenkassenprämien steht weit oben auf dem Sorgenbarometer der Schweizer Bevölkerung. Die Aufgabe einer Krankenkassen ist es, die gesamte Schweizer Bevölkerung für die Kosten bei Krankheit zu versichern. Heute konkurrenzieren sich rund 50 verschiedene Krankenversicherer. Dabei geht es um eine "Jagd nach den guten Risiken". Sprich, man will möglichst nur diese Leute bei sich versichern lassen, die jung sind und weniger krank werden. Dies führt weder zu mehr Effizienz noch zu einem Qualitätsgewinn. Im Gegenteil, dieses System führt zu einem Ungleichgewicht in der Gesundheitsversorgung: Eine Überversorgung dort, wo Geld gemacht werden kann und eine Unterversorgung dort, wo finanzielle Anreize fehlen. Markttheorien können nicht adäquat auf das Gesundheitswesen angewendet werden. Wir brauchen viel mehr kluge staatliche Regeln für einen sozialen Ausgleich, für Kostendämpfung und für die Gesundheitsförderung.

Eine öffentliche Krankenkasse kann chronisch kranke Versicherte nicht abschieben und hat damit den Anreiz ein strukturiertes Behandlungsprogramm für chronisch kranke Menschen zu schaffen. Diese gibt es zurzeit kaum, da die Krankenkassen darauf bestreben diese Menschen nicht bei sich zu versichern. Wenn die Behandlung dieser Personen besser koordiniert wird, kann dies zu einer besseren Versorgungsqualität und geringeren Kosten führen.

Die Prämien sind für viele Versicherte nicht mehr tragbar. Darum soll die Kopfprämie durch eine einkommensabhängige Krankenkassenprämie ersetzt werden. Dies ist essenziell für ein soziales Gesundheitswesen.

### 3. Elternzeit und Anerkennung der Care-Arbeit

#### Forderung:

Die Schweiz führt eine bezahlte Elternzeit von 15 Monaten ein. Pro Elternteil muss dabei mindestens ein Viertel der Elternzeit bezogen werden. Zudem wird Care-Arbeit (Betreuung und Pflege von Kindern, älteren oder kranken Menschen etc.) durch die Erwerbssersatzordnung (EO) entlohnt.

#### Begründung:

Seit 40 Jahren teilen sich Paare in Schweden 480 Tage Elternurlaub bei der Geburt eines Kindes - davon sind 2 Monate jedem Elternteil einzeln vorbehalten und die restlichen 11 Monate werden geteilt. Damit wird die Gleichstellung in der Säuglingsbetreuung gefördert. Auch in Norwegen hat sich ein System des gemeinsamen Elternurlaubs bewährt, mit einer Erhöhung des Vaterschaftsurlaubs und der Förderung der Geschlechtergleichstellung. In der Schweiz hat sich der Bundesrat geweigert, noch nicht einmal 2 Wochen Vaterschaftsurlaub zu gewähren. Laut einer BFS-Statistik von 2016 erbringen Mütter 53 Stunden pro Woche Haus- und Familienarbeit, während Väter nur 29 Stunden erbringen. Die unbezahlten Arbeitszeiten sind für das Funktionieren unserer Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung: Es ist höchste Zeit, dass diese Arbeit gerecht verteilt wird und nicht mehr die Hauptverantwortung der Frauen ist, und dass Bedingungen geschaffen werden, die eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Verteilung dieser Aufgaben ermöglichen.

Um dies zu erreichen, fordern wir daher einen Elternurlaub von 480 Tagen, mit einer angemessenen Mindestquote für Väter und Mütter, und der Möglichkeit, den Urlaub um 6 Monate zu verlängern, wenn ein zweites Kind geboren wird. Dadurch wird sichergestellt, dass die Zeit, die für die Kinderbetreuung und – entwicklung, sowie für Haushaltsaufgaben aufgewendet wird, zwischen Mutter und Vater ausgewogen ist.

Darüber hinaus wird ein System der Erwerbssersatzordnung (EO) eingerichtet, um Care-Arbeit (Betreuung und Pflege von Kindern, älteren oder kranken Menschen etc.) zu entschädigen. Jede Person, die einen regelmässigen Pflege- und Betreuungsdienst leistet, hat Anspruch auf 80% des vor der Care-Arbeit erworbenen Einkommens oder 80% des durchschnittlichen Gehalts des Berufes, entsprechend der Ausbildung. Ein Mindestbetrag für Personen ohne Ausbildung wird festgelegt. Care-Arbeit ist für das Funktionieren unserer Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung. Deren Anerkennung wäre ein weiteres Mittel im Kampf für die Gleichstellung zwischen Mann und Frau.

## 4. Gleiche Rechte für alle Partnerschaftsformen

### **Forderung:**

Regenbogenfamilien erhalten die gleichen Rechte wie Familien mit verheirateten Eltern. Jegliche Diskriminierung muss aufgehoben werden. Das heisst, dass auch Regenbogenfamilien Kinder adoptieren dürfen und Ihnen der Zugang zu Methoden der medizinisch unterstützten Fortpflanzung offensteht.

### **Begründung:**

Regenbogenfamilien sind Familien, in denen sich mindestens ein Elternteil als lesbisch, schwul, bisexuell, intersexuell oder transgender versteht. Viele Kinder wachsen in solchen Familien auf.

Die aktuelle Rechtsprechung der Schweiz anerkennt ausschliesslich heterosexuelle Paare als Eltern. Das Kind steht nur zum leiblichen Elternteil in einem rechtlichen Eltern-Kind-Verhältnis. Falls dieser Elternteil stirbt oder sich vom anderen Elternteil trennt, bringt das die Kinder in eine rechtlich schlecht geschützte oder nicht abgesicherte Situation. Eltern in Regenbogenfamilien wird das Recht auf Familie verwehrt.

Die sexuelle Orientierung, Trans- oder Intersexualität der Eltern haben auf die gesunde Entwicklung des Kindes keinen Einfluss. Eltern, die ein Kind adoptieren möchten, müssen ein geregelteres und stabiles Familiensystem garantieren. Regenbogenfamilien erfüllen diese Bedingung genauso gut wie Hetero-Eltern. Der Staat hat kein Recht vorzugeben, welche Formen von Familie akzeptiert werden. Paare sollen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung ihre Verantwortung als Eltern in einem rechtlich abgesicherten Rahmen wahrnehmen können. Eltern in Regenbogenfamilien sorgen genauso gut für ihre Kinder wie Eltern, die in einer heterosexuellen Beziehung leben. Kinder benötigen die Liebe ihrer Eltern und den bestmöglichen rechtlichen Schutz. Deshalb darf keine Familienform diskriminiert werden.

## 5. Bürger\*innenrecht für Alle

### Forderung:

Alle Menschen mit festem Wohnsitz in der Schweiz können das Bürger\*innenrecht beantragen – unabhängig davon, wie lange sie schon in der Schweiz leben. Wer in der Schweiz geboren ist, bekommt das Bürger\*innenrecht automatisch (ius soli). Die Einbürgerungspraxis wird schweizweit standardisiert, ist kostenlos und wird auf objektiv messbare Kriterien beschränkt.

### Begründung:

Die Schweiz ist ein Entwicklungsland, wenn es um unser Bürger\*innenrecht geht. Will jemand Schweizer\*in werden, muss er\*sie zuerst 12 Jahre hier wohnen. Die Anforderungen an Einbürgerungswillige – zum Beispiel bei Fachfragen zur Schweiz – sind so hoch, dass wohl die meisten Schweizer\*innen ohne Vorbereitung grandios durchfallen würden. Am Ende der Einbürgerung steht ein unfairer und willkürlicher Entscheid durch eine Einbürgerungskommission oder Gemeindeversammlung. Jede Gemeinde hat eigene Regeln, und ein negativer Entscheid muss teilweise nicht begründet werden.

Die Folgen dieses Systems sind klar: Durch die hohen Anforderungen und Kosten hat die Schweiz einen sehr hohen Anteil an Menschen ohne Bürger\*innenrecht. So entsteht eine Zwei-Klassen-Gesellschaft mit einer klaren Botschaft an alle Nicht-Schweizer\*innen: Ihr seid hier nicht willkommen!

Es ist Zeit, das zu ändern: Die Schweiz braucht einen radikalen Wandel in ihrem Bürger\*innenrecht. Durch die Abschaffung der 12-jährigen Wartefrist wird die Integration von Ausländer\*innen massiv vereinfacht. Wer nach einem Jahr bereits eine Landessprache spricht und integriert ist, kann Schweizer\*in werden.

Die Einführung des «ius soli» - eine Praxis, die viele andere Länder bereits kennen – macht rechtens, was eigentlich klar sein sollte: Wer hier geboren ist, muss sich keiner Rechtfertigung stellen. Er\*Sie ist automatisch Schweizer\*in.

Durch eine schweizweite Standardisierung wird unser Bürger\*innenrecht endlich gerecht: Man wird nicht mehr Bürger\*in einer Gemeinde, sondern der Schweiz. Man muss sich vor keiner willkürlich entscheidenden Einbürgerungskommission behaupten, sondern absolviert einen Test nach objektiven Kriterien.

## 6. 100% biologische Landwirtschaft bis 2030

### Forderung:

Die gesamte Landwirtschaft in der Schweiz wird bis 2030 so umgestellt, dass sie die Richtlinien von Bio Suisse erfüllt. Für Importprodukte gelten ebenfalls die entsprechenden Bestimmungen. Zudem wird die Umstellung auf Permakultur gefördert. Der Bund trifft zusätzliche Massnahmen, um diese Ziele sozialverträglich zu erreichen.

### Begründung:

Wir befinden uns mitten im 6. Massenaussterben der Erdgeschichte. Weltweit sind 2/3 aller Wildtierbestände verschwunden, jeden Tag sterben 200 Arten aus. 36% aller Arten in der Schweiz sind (stark) gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Einer der Haupttreiber dieses Massensterbens sind konventionelle und industrielle Landwirtschaft: Für die globale industrielle Tierhaltung werden unter anderem in Südamerika riesige Monokulturen an Mais und Soja angebaut. Dafür wurden und werden gigantische Fläche Regenwald abgeholzt. Zudem wird im konventionellen Ackerbau gerade in der Schweiz im grossen Stil Insektizide und Herbizide versprüht, mit verheerenden Nebenwirkungen für die Biodiversität. Des Weiteren ist die globalisierte industrielle Landwirtschaft einer der Haupttreiber der Klimakrise, welche wiederum – je nach Erhitzungs-Szenario – einer der Haupttreiber des Massensterbens werden wird und darüber hinaus fatale Auswirkungen auf unsere Zivilisation haben wird.

Im Gegensatz dazu ist die biologische Landwirtschaft nachweislich der Biodiversität zuträglich. Es ist zudem möglich, mit biologischer Landwirtschaft CO<sub>2</sub> aus der Luft zu holen und als organische Materie im Boden zu speichern. Die Landwirtschaft kann also – statt wie die industrielle Landwirtschaft Klimatreiberin zu sein – eine wichtige Schlüsselrolle im Klimaschutz einnehmen.

Durch die Förderung von Permakultur wird die Biodiversität, die Bodenqualität und der Ertrag pro Fläche gesteigert.

Im Angesicht des Tempos der voranschreitenden Klimakrise und des von ihr begleiteten Massensterbens ist eine Umstellung der gesamten Produktion bis 2030 durchaus radikal, gleichzeitig aber dringend und absolut notwendig.

Da biologische Lebensmittel tendenziell teurer sind, soll der Bund Massnahmen treffen, dass die Ziele sozialverträglich erreicht werden können.

## 7. Generationen- statt Ständerat

### Forderung:

Der Ständerat wird ersetzt durch einen Generationenrat. Dieser garantierte eine Vertretung aller Generationen und Geschlechter in der Politik. Der Generationenrat setzt sich aus Generationenvertreter\*innen zusammen, die auf nationalen Listen im Proporzwahlrecht von ihrer jeweiligen Generation gewählt werden. Die Geschlechterquote der Listen wird durch den Anteil des Geschlechtes an der jeweiligen Generation bestimmt.

### Begründung:

Der Ständerat entstand in der Zeit des Sonderbundeskrieges. Seine Gründung ist darauf zurückzuführen, dass man den – im Sonderbundeskrieg unterlegenen – kleinen Ständen ein Gegengewicht zum liberal dominierten Nationalrat zugestehen wollte. So sollte sichergestellt werden, dass auch die bevölkerungsärmeren – meist konservativen – Regionen eine politische Macht hatten.

Die politischen Realitäten sehen heute wesentlich anders aus. Weder widerspiegeln die Stände heute noch die tatsächlichen geografischen Regionen der Schweiz, noch herrscht eine klare Trennung zwischen liberalen und konservativen Ständen. Der Ständerat zementiert heute vielmehr alte Machtstrukturen: Er bevorteilt grosse Parteien und durch unsere gesellschaftlichen Strukturen alte, weisse Männer.

Die grossen Repräsentationsprobleme der heutigen Politik drehen sich nicht mehr um Stände, sondern um ganz andere Probleme: Während das Durchschnittsalter der Schweiz bei 42.5 Jahren liegt, liegt es im Nationalrat bei 51, im Ständerat sogar bei 56 Jahren. 51% der Bevölkerung sind Frauen\*, jedoch nur 31.5% der National- und 13% der Ständerat\*innen.

Um dieses Problem zu lösen, schlagen wir einen Generationenrat vor. Dieser soll die Vertretung aller Generationen und Geschlechter sicherstellen - als Gegengewicht zum überalterten und zu männlichen Nationalrat.

### Ergänzungen:

- Es wird eine sinnvolle demografische Unterteilung in 5-10 «Generationen» (z.b. 16-25 Jährige, 70-85 Jährige, etc.) erstellt
- Die Grösse der Listen – bzw. die Anzahl Vertreter\*innen pro Generation wird durch den Anteil dieser Generation an der Gesamtbevölkerung berechnet.
- Um die Repräsentation der Minderjährigen zu garantieren, werden diese der jüngsten Generation (z.b. 16-25 Jährige) zugerechnet.



## 8. Abschaffung der Wehrpflicht

### Forderung:

Die Wehrpflicht in der Schweiz wird abgeschafft.

### Begründung:

Die Wehrpflicht zwingt junge Männer in der Schweiz zum Militärdienst. Die Wehrpflichtarmee kostet uns jährlich 5 Milliarden Franken. Durch Arbeitsausfälle kommen nochmals Kosten von 4 Milliarden für die Wirtschaft dazu. Mit 100'000 Armeeangehörigen hat die Schweiz so viele Soldaten wie Österreich, Belgien, Schweden und Norwegen zusammen. Eine klassische militärische Auseinandersetzung ist für die Schweiz ein unrealistisches Szenario geworden. Wir brauchen kein 100'000 Mann starkes Heer, um unsere Landesgrenzen zu verteidigen.

Die Katastrophenhilfe ist mit der Aufhebung der Wehrpflicht nicht gefährdet. Die Armee wendet nur 0.06% aller Dienstage für die Katastrophenhilfe auf. Die Aufhebung der Wehrpflicht setzt finanzielle und menschliche Mittel frei, die in einem zivil organisierten Katastrophenschutz sinnvoller eingesetzt werden können. Um Sandsäcke zu füllen, braucht man kein Sturmgewehr.

## 9. Bedingungsloses Grundeinkommen

### **Forderung:**

Die Schweiz führt ein bedingungsloses Grundeinkommen ein, welches jeder Einwohnerin und jedem Einwohner ab der Geburt monatlich ausgezahlt wird. Vor dem Erreichen des Mündigkeitsalter verfügen die Eltern oder die erziehungsberechtigten Personen über das Einkommen. Der Betrag des Grundeinkommens soll bei Erwerbstätigen vom monatlichen Einkommen abgezogen werden.

### **Begründung:**

Das bedingungslose Grundeinkommen reagiert auf mehrere gesellschaftliche Herausforderungen unserer Zeit. So wird es etwa durch eine zunehmende Digitalisierung zu einem Abbau von Arbeitsplätzen kommen. Nur mit dem bedingungslosen Grundeinkommen kann dieser Prozess - gemeinsam mit einer Reduktion der Wochenarbeitszeit – sozial gestaltet werden. Auch der immer vermehrt drohenden Altersarbeitslosigkeit kann mit dem bedingungslosen Grundeinkommen entgegengewirkt werden. Ausserdem werden fundamentale Arbeiten, welche heute im Tieflohnsegment zu finden sind, besser entlohnt und erfahren so eine grössere gesellschaftliche Wertschätzung. Dies, da Menschen mit dem Grundeinkommen nicht mehr darauf angewiesen wären, jede Arbeit anzunehmen und neue Anreize gesetzt werden müssten.

Eltern und alleinerziehende Elternteile erhalten durch das Grundeinkommen mehr Freiheit in der Gestaltung ihres Familien- und Berufslebens. Zudem wird durch das Grundeinkommen allen Menschen ein nachhaltiger Konsum ermöglicht, der den Weg für einen Wandel unserer Gesellschaft, weg vom ressourcenverschwendenden Materialismus, freimacht. Das bedingungslose Grundeinkommen garantiert Bildungschancen für alle, vergütet heute unbezahlte sowie ehrenamtliche Arbeit und ermöglicht allgemein den Menschen eine selbstbestimmte und sinngesteuerte Entwicklung.

## 10. Stimmrechtsalter 14

### Forderung:

Die Schweiz führt ein aktives und passives Stimm- und Wahlrecht für alle Bürger\*innen ab 14 Jahren ein.

### Begründung:

Die Politik der Schweiz wird heute massgeblich von älteren Menschen bestimmt. Sei es in unseren Parlamenten – der Nationalrat hat zum Beispiel einen Altersschnitt von 51 Jahren – aber auch bei Abstimmungen und Wahlen. Die Politik bestimmt die Zukunft von uns allen. Wenn diejenige Generation, die diese Zukunft am meisten betrifft – die junge Generation – in der Politik massiv untervertreten ist oder am politischen Prozess nicht teilnehmen darf, entstehen riesige Probleme. Gerade bei der Klimakrise wird der jungen Generation durch Leugnen des Problems oder Aufschieben der Lösungen eine enorme Schuld übertragen. Mit dem Stimmrechtsalter 14 verschieben wir die demografischen Verhältnisse des Stimmvolkes wenigstens ein bisschen zu Gunsten der Zukunft.

Gerade die Klimabewegung zeigt eines: Die Jugend ist politisch und will mitbestimmen. Je früher junge Menschen am politischen Prozess teilhaben können, desto früher findet eine Politisierung statt. Doch diese Teilhabe ist kein Selbstläufer. Nur mit einer starken schulischen Bildung über unser politisches System und die aktuellen politischen Fragen erreichen wir auch tatsächlich eine hohe Stimm- und Wahlbeteiligung bei jungen Menschen.